



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



5/2017 (Sept.)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 24. September stellen Sie die Weichen für die Politik der kommenden vier Jahre.

Ob große Koalition oder Schwarz-Gelb – die Bundesregierungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sie den Bezug zur Lebensrealität der Menschen verloren haben.

Die soziale Schere in unserer Gesellschaft geht weiter auseinander. Immer mehr Menschen droht im Alter ein finanzieller Absturz. Während die Zahl der Millionäre wächst, nimmt die Zahl der armutsgefährdeten Kinder zu.

Die Politik in Deutschland braucht einen grundlegenden Kurswechsel. Beginnen wir heute damit!

Ihre Birgit Kaufhold



Das Wahlprogramm DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017 ist in der Langfassung eine Broschüre in etwa A5-Format mit 127 Seiten Text, 7 Seiten Stichwortverzeichnis und einigen Seiten Anhang. Wer will so viel lesen? Der allgemein interessierte Bürger greift daher eher zum Wahlprogramm in Kurzform oder informiert sich über Schlagzeilen, welche in den Medien verbreitet werden. Dabei lohnt es sich einmal genauer ins Wahlprogramm zu schauen und einige Absätze vollständig zu lesen. Hier einige Beispiele, die nicht so bekannt sind:

Thema Arbeit: Solo-Selbstständige

Dies betrifft ca. 2 Millionen Menschen in Deutschland, viele haben ein deutlich unterdurchschnittliches Einkommen. Krankenkassenbeiträge werden aber nicht danach berechnet. Die Folgen sind starke finanzielle Belastungen oder eingeschränkte gesundheitliche Versorgung. Hier fordert DIE LINKE die Beitragsbemessung nach der Geringfügigkeitsgrenze (derzeit 450,00 €) und darüber nach dem tatsächlichen Einkommen. Solo-Selbstständige müssen in die Erwerbs-

Wahlprogramm DIE LINKE

losen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung einbezogen werden. Das gesetzliche Rentensystem werden wir zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen, in dem auch Selbstständige pflichtversichert sind. Wir schaffen branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die bundesweit gelten und wirken so einem ruinösen Preiswettbewerb entgegen. Die öffentliche Hand muss dabei eine Vorreiterrolle einnehmen mit einer Mindesthonorarordnung bei öffentlich finanzierten Aufträgen.

Thema Europäische Union:

Wir streiten für einen europäischen Mindestlohn in Höhe von mindestens 60 % des Durchschnittsentgelts des jeweiligen Landes. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion«, die Schaffung einer europäischen Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern die Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Wir setzen uns für ein

EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein. Wir lehnen die Pläne einer europäischen Verteidigungsunion, inklusive einer intensivierten EU-NATO-Kooperation, ab. Die EU muss eine dem Frieden verpflichtete Politik betreiben, und ihre auswärtige Politik ist strikt auf zivile Instrumente zu orientieren.

Thema Demokratie:

Für ein offenes und freies Internet

Information und Kommunikation ist für uns kein Luxus, sondern ein Recht. Es ist auch eine Frage der Macht, wer über Inhalte des Internets und Zugang zum Internet entscheidet. Der Zugang muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jeder Haushalt ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Internetanschluss hat. Wir wollen die datenintensive und flächendeckende Überwachung durch Geheimdienste und Technologiekonzerne beenden und den Datenschutz aktualisieren. ➤ S. 2

Wahlprogramm ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir wenden uns gegen jede Sperr- und Überwachungsinfrastruktur, denn das Netz soll ein freier gesellschaftlicher Diskursraum sein.

Wir wehren uns gegen staatliche Kontroll- und Zensurzugriffe genauso wie gegen ökonomische. ... Illegale Inhalte müssen schon jetzt sofort gelöscht werden.

Thema Demokratie:

Freiheit zur und von der Religion, Trennung von Staat und Kirche

DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den erwerbsarbeitsfreien Sonntag.

DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein.

DIE LINKE ist gegen ein Bauverbot von Sakralbauten.

Damit soll es genug an Beispielen sein. Jede Bürgerin und jeder Bürger, egal ob er oder sie den LINKEN wohlgesonnen sind, findet sich in unserem Wahlprogramm wieder. Hier werden Antworten auf viele Fragen gegeben, man muss nur reinschauen.

Lesen Sie, diskutieren Sie mit uns,
bringen Sie sich ein
und gehen Sie zur Wahl!

Das Wahlprogramm gelesen (allerdings auch nur abschnittsweise) hat

Cornelia Janisch
Vorsitzende Ortsvorstand Forst

Gedanken zur Bundestagswahl am 24.09.2017

Mit der Politik unserer gegenwärtigen Regierung bin ich, wie viele Bürger unseres Landes, nicht zufrieden.

Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, seinen Unmut auszudrücken:

- Man kann zum Beispiel AfD wählen. Aber wer will schon ernsthaft eine braune Partei im Bundestag oder gar an der Regierung.
- Man kann einen Außenseiter wählen. Aber wenn diese Partei nicht in den Bundestag kommt, gehen die Sitze an die etablierten, großen Parteien.
- Man kann auch nicht zur Wahl gehen, dann entsteht folgendes Bild: Die Zahl der Wähler wird geringer. Somit steigt der Prozentsatz bei den gewählten Parteien (CDU, SPD usw.), weil deren Wähler dann einen größeren Anteil der abgegebenen Stimmen bilden.

Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte sein Wahlrecht wahrnehmen.

Ich rufe Sie auf, wählen Sie DIE LINKE.

Ich werde es tun. Auch wenn nicht alle Wünsche an die Politik mit dieser Partei erfüllt werden können, so finden sicher auch Sie hier die meisten Punkte, die mit Ihren Vorstellungen an die neue Bundesregierung übereinstimmen.

Günther Mattern

FRIEDEN weltweit – 1. September 2017

In Deutschland wird am 1. September der Weltfriedenstag begangen.

Er erinnert jährlich an den Beginn des II. Weltkrieges mit dem Angriff der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939.

Nie wieder Krieg – dachten die Menschen 1945.

Seitdem wurden über 200 Kriege weltweit geführt, seit dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes zahlreiche Kriege mit Beteiligung der Bundeswehr.



Wir fordern:

FRIEDEN weltweit! STOPPT das WETTRÜSTEN!

»Wenn man die Welt mit Waffen versorgt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn Mord und Totschlag herrschen.« E. Lienen, ehem. Trainer des 1. FC Köln

»Warum geht's in Woidkes Heimat nicht vorwärts?« ...

... so titelte am 14.08.2017 der Bild-Journalist Michael Sauerbier einen Beitrag in der Bildzeitung über Forst (Lausitz).

Die dabei dargestellten Fakten sind unbestreitbar, wenn auch nicht immer ganz exakt, aber sehr bildhaft dargestellt. Wer eine schlüssige Antwort auf die Titelfrage erwartete, sah sich enttäuscht. Auch fehlt eine tiefgründige Analyse für die Ursachen, die wie im Text beschrieben »Eine Stadt im Niedergang« zeigt. Die Hilflosigkeit der Stadtführung, von denen alle Verwaltungsvorstände über Jahrzehnte in verantwortlicher Position die Entwicklung der Stadt getragen haben, gipfelt in der Aussage von Frau Korittke: »Aber weil das Geld fehlt«, sagt sie, »wollen wir erst mal die Fassaden verhängen. Dann ist der erste Eindruck von Forst nicht so schlimm.« Gemeint waren hier die alten Fabrikgebäude, deren Eigentümer oder deren Erben 1990 nicht schnell genug Rückübertragungsansprüche stellen konnten. Ihnen war nicht bewusst, dass Eigentum verpflichtet. Trotz vieler Konzepte und Programme der Verwaltung, die von den Abgeordneten in der Regel mehrheitlich beschlossen wurden, fehlte es immer an einer gesamtheitlichen

Stadtentwicklungskonzeption. Abriss, Rückbau, Rekonstruktion, Stadtgestaltung, Flächenentwicklung und Flächennutzung wurden nie über einen langen Zeitraum konzipiert. Das Ergebnis war ein mehr oder weniger sporadisches Handeln, je nach Fördermittelbereitstellung und Förderkulisse. Manchmal waren die Bemühungen erfolgreich, wie im Schwimmbad und zum Teil im Rosengarten. Manchmal ging es aber auch ganz daneben, so bei Standortfragen in der Stadtentwicklung. Die Verlagerung von Verwaltungs- und Versorgungsstandorten an den Stadtrand (Kreisverwaltung, MVZ, Wochenmarkt) und die Ansiedlung einer Einzelhandels-großfläche auf dem baulichen Filetstück der Stadt, ohne direkte Verbindung zur Innenstadt, haben die Entwicklung des Einzelhandels und damit der Innenstadt stark negativ beeinflusst. Neben der Tatsache, dass immer mehr Fachhandelssortimente samt Ladengeschäft verschwinden, fehlt in der Nord- und Südstadt die Lebensmittel-nahversorgung fast vollständig.

Leider haben viele Stadtverordnete eine solche Entwicklung mit ihrem Stimmverhalten unterstützt. Ein Beispiel dafür gab es in der letzten Stadtverordnetenver-

sammlung. Dort wurde der Antrag unserer Fraktion, den Vorschlag der Verwaltung zur Entwicklung eines neuen Standortes für ein Schüler- und Freizeitzentrum noch einmal in die Ausschüsse zur Beratung zu verweisen, abgelehnt. Im Ausschuss sollte über eine mögliche gemeinsame Lösung zur Entwicklung des Geländes um das Stadion am Wasserturm im Zusammenhang mit der Entwicklung eines neuen Standortes für ein Schüler- und Freizeitzentrum beraten werden. Ohne jegliche Diskussion wurde dieses Ansinnen von der überwie-genden Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Aus unserer Sicht wieder eine verpasste Chance. Solange gemeinsames Nachdenken über die Zukunft unserer Heimatstadt mehrheitlich, wie an diesem Beispiel ersichtlich, verweigert wird, solange müssen wir die kritischen Hinweise von Außenstehenden zum Zustand unserer Stadt ertragen. **Es ist an der Zeit zu handeln.** Die Bereitschaft unserer Fraktion dabei mitzuwirken ist immer vorhanden.

Heinz-Peter Bischoff
Mitglied der Fraktion »DIE LINKE«
in der Stadtverordnetenversammlung
Forst (Lausitz)



Allianz für Ostdeutschland



Die folgenden Gedanken zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland wurden

von Dietmar Bartsch (l.), Fraktionsvorsitzender im Bundestag und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, und unserem langjährigen Partei- und Fraktionsvorsitzendem Gregor Gysi (r.) verfasst und zur Diskussion gestellt:

In der kommenden Legislaturperiode begehen wir den 30. Jahrestag der friedlichen Wende in der DDR und des Weges in die deutsche Einheit. Die Menschen gewannen Freiheit und Demokratie. Die Stadtzentren und die Infrastruktur wurden beachtlich entwickelt.

Die Entwicklung seit 1989/90 hat vielen Menschen in den neuen Ländern aber Brüche in ihren Biografien, ihrem Umfeld, ihren Lebensperspektiven zugemutet, die von der Politik im Großen wie im Kleinen bis heute keine ausreichende Würdigung erfahren. Vom Erleben einfach gestrichener DDR-Betriebsrenten und der Schlechterstellung in der DDR geschiedener Frauen über verschleudertes industrielles Potential und fehlende Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit bis hin zu Netzentgelten, die den Osten dafür bestrafen, dass dort besonders viel Energie erneuerbar erzeugt wird, ziehen sich mannigfaltige Erfahrungen der Zweitklassigkeit durch die drei Jahrzehnte. Sehr bedauerlich ist auch, dass im Osten funktionierende Strukturen wie das flächendeckende Kindertagesstättennetz, Polikliniken, die Genossenschaften in der Landwirtschaft und anderes nicht übernommen werden. Die Aufmerksamkeit für den Osten hat mit jeder Regierung abgenommen, was in der derzeitigen Regierung Merkel darin kulminierte, dass sie bei der Rentenangleichung sogar den eigenen Koalitionsvertrag brach. Das Gefühl der Geringschätzung, des Abgehängtseins, des Nicht-Ernst-Genommen-Werdens verfestigt sich und lässt viel zu viele Menschen im Osten an ihrem Wert für unsere Gesellschaft und am Wert der demokratischen Gesellschaft für sie selbst zweifeln. ...

Wir schlagen deshalb eine »Allianz für Ostdeutschland« aller Kräfte aus Gesellschaft und Politik vor, um endlich Gerechtigkeit für die Menschen in den neuen Bundesländern zu schaffen. Wir fordern auch die anderen Bundestagsparteien auf, sich dieser Allianz anzuschließen und künftig keine Regelun-

gen, Gesetze, Verordnungen und Absprachen zu treffen, zu beschließen oder auch nur zu unterstützen, die eine Schlechterstellung der Menschen im Osten bedingen.

Auf dieser Grundlage wollen wir einen verbindlichen Plan zur Angleichung der Lebensverhältnisse, einen »Gerechtigkeitsplan Ost« erarbeiten, für den wir die folgenden Punkte vorschlagen:

1. Eine **Gemeinschaftsaufgabe gleichwertige Lebensverhältnisse**, mit der ab 2019 auf zehn Jahre angelegt wirtschafts- und strukturschwache Regionen in Deutschland insgesamt durch gezielte Förderung entwickelt werden.
2. Eine Aufwertung der Infrastruktur in ländlichen Räumen, vor allem eine Finanzierung des **Breitbandausbaus** durch den Bund und Anbindung kleinerer Städte und Gemeinden an einen funktionsfähigen **öffentlichen Personenverkehr**.
3. Die flächendeckende und **bedarfsgerechte Finanzierung von Krankenhäusern** sowie die Aufwertung und gesetzliche Personalbemessung in Gesundheit und Pflege. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass in den neuen Bundesländern mindestens **1 500 Landärztinnen und Landärzte zusätzlich** ihre Arbeit aufnehmen. Ebenso sollen die positiven ostdeutschen Erfahrungen für eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung (Polikliniken) wieder in den Vordergrund rücken.
4. Ein Investitionsprogramm für **Barrierefreiheit und altersgerechten Wohnens** besonders im ländlichen Raum.
5. Einen »Goldenen Plan Ost« für den **Erhalt und Ausbau von Schulen, Begegnungsstätten und Sportanlagen** in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands.
6. Eine **aktive Industriepolitik** zur Unterstützung von Start-Up-Unternehmen vor allem im Bereich der Industrie 4.0 verbunden mit der verstärkten Förderung von Forschung und Entwicklung durch revolvingierende Fonds mit einer Beteiligung der öffentlichen Hand mit Eigenkapital an jungen Unternehmen. Für die Braunkohleregio-

nen in Ost und West wollen wir ein **Konversions- und regionales Struktur-**

entwick-

lungsprogramm auflegen, um den sozial-ökologischen Umbau mit Zukunftschancen für die Regionen zu verbinden.

7. Wir brauchen die **Stärkung der Tarifbindung** von Unternehmen durch Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit und vor allem **bundesweit einheitliche Flächentarifverträge**. In Verbindung damit schlagen wir eine Selbstverpflichtung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vor, nie wieder Verträge abzuschließen, die schlechtere tarifliche Bedingungen für den Osten enthalten.
8. Die **Vergabepolitik der öffentlichen Hand** soll streng an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden, z.B. an die Zahlung auskömmlicher tariflicher Löhne.
9. Die **Angleichung der Rentenwerte im Osten an das Westniveau bis spätestens 2020** und die **Einführung einer Solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro generell in Deutschland** sind zwingend.
10. Eine deutliche **Heraufsetzung des Kindergeldes auf 328 Euro** und die spätere Einführung einer Kindergrundsicherung von 573 Euro. Ein flächendeckendes und bedarfssicheres Netz von **Kindertagesstätten** gehört zu den positiven Erinnerungen der Menschen in den neuen Bundesländern. Wir wollen dies auch durch Finanzierungen aus dem Bundeshaushalt wieder ermöglichen und streben für Kitas Beitragsfreiheit an.
11. Wir fordern die Einrichtung eines **Bundesministeriums für Infrastruktur und die neuen Länder**. Aufgabe ist die zügige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West als zentrale Regierungsaufgabe. Es gibt ein Veto-Recht im Kabinett zu solchen Entscheidungen, die dieser Aufgabe entgegenstehen. Die Bündelung der Zuständigkeiten, die Verkürzung der Entscheidungswege und die Konzentration auf die Umsetzung des Gerechtigkeitsplans Ost sind zu realisieren. Das Ministerium kann in eine Struktur beim Bundeskanzleramt umgewandelt werden, wenn die neuen Bundesländer bei wenigstens 90 Prozent der wesentlichen sozial-ökonomischen Durchschnittsdaten der Westländer liegen.

Spruch des Monats

»Wenn wir recht handeln und wenn zwischen jedem Menschen und jedem Volk Gerechtigkeit herrscht, dann haben wir Frieden.«

Indianische Weisheit

Newsletter

Katalonien bleibt ein Land des Friedens und des Willkommens

Mit Betroffenheit haben führende Politikerinnen und Politiker der LINKEN auf die Anschläge in Barcelona und im Umland der katalanischen Hauptstadt reagiert. Katja Kipping und Bernd Riexinger betonten, dass wir uns dem »Hass und der Gewalt gegen unschuldige Menschen« entgegenstellen

müssen, »indem wir als Menschen, gleich welcher Herkunft oder Religion, gemeinsam für Demokratie, Freiheit und Solidarität eintreten.« Gregor Gysi hob hervor, dass »Katalonien schon immer ein Land des Friedens und des Willkommens« war und »nichts sollte das verändern.«

ZDF-Sommerinterview mit Sahra Wagenknecht

Am vergangenen Wochenende stellte sich Sahra Wagenknecht im traditionellen Sommerinterview den Fragen von Journalisten des ZDF. Das Video ist noch ein Jahr lang in der Mediathek des Fernsehsenders abrufbar.



Zuckertüten zum 1. Schultag

Bereits zum zweiten Mal findet zum Schulbeginn vor dem F.-L.-Jahn-Gymnasium in Forst eine Zuckertütenaktion statt. Der Ortsverband Forst DIE LINKE verteilt 100 bunte Zuckertüten an Schülerinnen und Schüler, um ihnen somit den Start ins neue Schuljahr zu versüßen. Politisch interessierte Jugendliche sind eingeladen und aufgefordert, sich aktiv für ihre Interessen zu engagieren. Eine Möglichkeit bietet dafür die Linksjugend. In Vorbereitung dieser Aktion füllten Genossinnen und Genossen die Tüten mit Leckereien. *Parteiarbeit die sichtbar Spaß macht.* Cornelia Janisch

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
Di., 12.09.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
Di., 19.09.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
So., 24.09.: **Bundestagswahl und Wahlparty**
Di., 26.09.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
Mo., 09.10.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
Di., 17.10.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**

Billig

Paris St.-Germain hat den Fußballstar Neymar für 222 Millionen Euro gekauft. Dagegen war die Grünen-Abgeordnete Elke Twesten für die niedersächsische CDU ein echtes Schnäppchen. **MK**

Aus »Eulenspiegel« Nr. 9/17

Geburtstage

14.09.: 65 Jahre Knut Brandstätter
14.09.: 77 Jahre Horst Meißner
18.09.: 67 Jahre Gisela Berth
19.09.: 88 Jahre Elfriede Koch
22.10.: 74 Jahre Johanna Spaarschuh
23.10.: 66 Jahre Tatjana Krenz

*Herzlichen Glückwunsch,
unseren Jubilaren,
auch all denen,
die hier nicht genannt sind!*

Diskussionswürdig

Trotz seines Ehrensolds muss Christian Wulff weiterhin arbeiten gehen. Das wird die Diskussion über das sinkende Rentenniveau hoffentlich neu befeuern. **PF**

Provisorisch

FDP-Chef Christian Lindner hat vorgeschlagen, die Krim als »dauerhaftes Provisorium« anzusehen – genau wie die FDP in der nächsten Bundesregierung. **EW**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.